

Leipzig. Die Zeitung erscheint mit Ausnahme des Montags täglich und wird Nachmittags 4 Uhr ausgegeben.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Sie beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes, sowie durch die Expedition in Leipzig (Duerstraße Nr. 8).

Preis für das Vierteljahr 1 1/2 Thlr.; jede einzelne Nummer 2 Ngr.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gerechtigkeit»

Inserionsgebühr für den Raum einer Seite 2 Ngr.

Deutschland.

Bonn Rhein, 25. Dec. Aus Bern ist die Kunde eingetroffen, daß der Bundesrath die Annestirung der in Untersuchung gezogenen neuenburger Royalisten und die Unterhandlung wegen Entschädigung an Preußen für den Fall zugesagt habe, daß die Krone Preußen die Unabhängigkeit Neuenburgs anerkennen und hierfür Garantie stellen werde. Ist diese Kunde in Wahrheit begründet, dann hat der Bundesrath der Krone Preußen einen wichtigen Schritt entgegengethan, und es läßt sich noch hoffen, die neuenburger Frage auf dem Wege der Versöhnlichkeit und der Verständigung zum Abschluß zu bringen. Ist diese Hoffnung begründet, so läßt sich unter der aufrichtigen Vermittelung eines Dritten, sei er Großmacht oder ein Einzelner, über die Form der Bedingung, die in obiger Zusage liegt, sowie auch über den Garantepunkt sichtlich hinauskommen und — der Frieden ist, gewiß zur allgemeinen Befriedigung, die unpolitischen oder vielmehr unpatriotischen Parteien etwa ausgenommen, leicht geschlossen. Dem sei so!

Preußen. — Berlin, 26. Dec. An die Gerüchte über Aussichten zu einer friedlichen Vermittelung hat man hier keinen Augenblick recht glauben wollen, und die Mittheilungen aus Bern vom 25. Dec. über das Scheitern der diesfälligen Bemühungen der Diplomatie haben denn auch gezeigt, daß die hiesige Anschauung über die Lage der Dinge die richtige war. Wir wissen nicht, ob es richtig ist, daß diese Bemühungen zur Herbeiführung einer friedlichen Vermittelung zunächst ausgegangen sind, wie behauptet wurde, von dem Gesandten der Vereinigten Staaten, oder ob dieselben ihren Grund gehabt haben in den neuen Vorstellungen, die von Paris aus nach Bern gegangen sind und deren wir vor einigen Tagen Erwähnung gethan haben. Im erstern Falle stünde noch ein eindringlicher Schritt von Seiten Frankreichs zu erwarten. Eine weitere Bedeutung möchte indessen dem Hierhergehörenden in Bezug auf die Gestaltung der Situation wol nicht zuschreiben sein; denn sind einmal die Vermittelungs Bemühungen der gesammten Diplomatie an der Entschlossenheit des Bundesraths gescheitert, so wird man auch mit etwaigen noch besondern Vorschlägen von Seiten Frankreichs nichts ausdrücken. Die Möglichkeit einer friedlichen Beilegung ist darum auch gar nicht mehr beim Bundesrath, sondern einzig und allein nur noch, wie auch schon früher bemerkt, in den etwaigen Beschlüssen der auf morgen, den 27. Dec., einberufenen außerordentlichen Bundesversammlung zu suchen. Freilich sind die Hoffnungen, die man in dieser Beziehung auf die Bundesversammlung setzen kann, die aller schwächsten; indessen liegen die Dinge einmal so, daß außer dieser aller schwächsten Hoffnung keine andere mehr vorhanden ist. In Betreff der diesseitigen Kriegsvorbereitungen haben wir, in Anknüpfung an das früher darüber Mitgetheilte, noch zu bemerken, daß inzwischen auch bereits die für die einzuberufende Landwehr nöthigen Aerzte designirt worden sind. — Es ist der Diplomatie gelungen, die Hindernisse, welche den Zusammentritt der zweiten Conferenz ungewiß zu machen drohten, formell aus dem Wege zu räumen, resp. zu umgehen, und die Conferenz wird deshalb, wahrscheinlich am 29. Dec., in Paris zusammentreten. Dadurch aber, daß die Beseitigung der Schwierigkeiten nur eine formelle und nicht auch eine materielle ist, hat die Conferenz auch nur eine formelle Bedeutung, und die Sachlage bleibt in Betreff der Principalfrage ganz dieselbe. Die resp. Gesandten treten bloß zusammen, um über die Bolgrad- und Schlangeninselfrage die Erklärungen ihrer Höfe abzugeben, und wenn das geschehen, ist die Conferenz aus. Nach gestellter Bedingung soll die Frage in Betreff der Donaufürstenthümer, und demgemäß auch die weitere Frage in Betreff der Räumung derselben, gar nicht berührt werden.

Berlin, 24. Dec. Die Vorbereitungen für den möglichen Zug nach der Schweiz werden, wie man hört, mit einem solchen Eifer in allen Zweigen des Militärwesens betrieben, daß die preussische Heeresmacht bereits gegen Ende des kommenden Monats sich an den festgestellten Operationspunkten befinden dürfte, falls unterdessen nicht eine friedliche Wendung der ersten Lage der Dinge eintreten sollte. Bei der Wahl der preussischen Regimenter, welche die besagte Heeresmacht bilden werden, hat hauptsächlich das Augenmerk vorgewaltet, diejenigen in Kriegsbereitschaft zu setzen, welche mit Säbnadelgewehren und Miniébüchsen versehen sind. Es werden sich unter den neun Divisionen, welche mobilgemacht und auf Kriegsfuß gesetzt werden sollen, namentlich die Schützen- und Jägerregimenter befinden. Die Stärke der mit dem 2. Jan. mobilzumachenden Kriegsmacht möchte eher über als unter 140,000 Mann zu schätzen sein. Wegen des Durchmarsches dieser Truppen durch die betreffenden deutschen Bundesstaaten finden gegenwärtig sehr lebhaftere Unterhandlungen statt. Wie wir hören, steht die Sendung nach Wien, womit der Flügeladjutant des Königs, Oberst v. Manteuffel, in diesem Augenblick betraut sein soll, mit dieser Angelegenheit des Durchmarsches der preussischen Truppen in sehr enger Verbindung. Oberst

v. Manteuffel ist zum Commandeur der 3. Cavaleriebrigade befördert worden. Uebrigens sei bei dieser Gelegenheit hervorgehoben, daß eine befriedigende Ausgleichung in der neuenburger Angelegenheit hier in allen Kreisen, ja selbst in einzelnen Militärkreisen, mit Freude begrüßt werden würde. In Bezug auf die rasche Beförderung der Truppen nach der Schweiz werden bereits, wie es heißt, alle vorbereitenden Maßregeln getroffen. Da dieselben mit den Eisenbahnen zum größten Theil befördert und möglichst die nächsten Richtungen eingeschlagen werden sollen, so dürfte der Durchzug durch die betreffenden deutschen Bundesstaaten nur ein sehr kurzer und wenig behelligender sein. — Mehrere junge Schweizer, welche an der hiesigen Hochschule studirten, haben sich in ihr Vaterland zurückbegeben.

Baiern. — München, 23. Dec. Die vor kurzem verfügte, ganz unerwartet gekommene Entlassung von ungefähr 30 Eisenbahnbediensteten, Conducteuren, Oberconductoren und Expeditoren, hat zur Entdeckung eines großartigen Unterschleifs und zur Verhaftung von mehr als 20 derartigen Personen geführt. Sie hatten mittels einer eigenen Maschine und durch Beihülfe eines Lithographen falsche Fahrбилlets für die bairischen Eisenbahnen gefertigt, diese für eigene Rechnung verkauft und den Gewinn unter sich getheilt. Der durch diese Fälschung der Eisenbahnkasse zugefügte Schaden soll sich bis jetzt schon auf 15,000 Fl. berechnen. Neben den hauptsächlich gravirten Personen ist auch die Maschine und der Lithograph in gerichtlichem Gewahrsam. Allerdings sind die Eisenbahnbediensteten im Verhältnis zu dem sehr anstrengenden Dienst und zu den Anforderungen, die bezüglich der Uniformirung an sie gemacht werden, gering besoldet; aber viele der Betheiligten haben großen Aufwand gemacht und waren nicht durch die Noth zu einer verbrecherischen Handlung gezwungen. — Die Vorgänge mit der Schweiz erzeugen hier im Publicum lebhafteste Theilnahme und die überwiegende Mehrheit desselben ist für die Schweiz, der auch diejenigen Sympathie bezeugen, die früher auf sie wegen des bedeutenden Getreideankaufs durch Schweizer und wegen der dadurch vermeintlich herbeigeführten Steigerung der Preise böse waren. Von den hier studirenden Schweizern sind schon mehre abgereist, und die übrigen werden in den nächsten Tagen nach der Heimat eilen, um ihre Dienste dem Vaterlande zu weihen.

Württemberg. — Stuttgart, 25. Dec. Die Bewegung im Lande aus Anlaß der drohenden kriegerischen Verwicklung zwischen Preußen und der Schweiz beginnt sich Ausdruck zu geben. Wie ich soeben vernehme, geht morgen eine Eingabe an den ständischen Ausschuss unserer Volksvertretung, welcher hier seinen Sitz hat, ab, unterzeichnet von den Abgeordneten Conradi, Hölder, Sigmund Schott, Feger, Moriz Mohl, Pfeifer, Rüdinger, Kunkel, Schniger. Es ist mir möglich, von dem Petition und der Motivirung dieser Eingabe eine fast wortgetreue Analyse zu geben. Das Petition geht dahin, der ständische Ausschuss möge die königliche Staatsregierung bitten, sofort die geeigneten Einleitungen zu treffen, daß weder der Aufstellung preussischer Heere in Süddeutschland, noch dem Durchzug solcher durch die süddeutschen Staaten und Württemberg insbesondere gegen die Schweiz stattgegeben werde. Dieses Gesuch ist folgendermaßen motivirt: Aus anscheinend zuverlässigen Nachrichten öffentlicher Blätter über neueste Erklärungen Preußens beim Bundestage gehe hervor, daß Preußen Einleitungen treffe, um mit Benützung süddeutschen Gebiets eine Heeresmacht gegen die Nordgrenze der Schweiz vorzuschleichen. Weder die Interessen des Deutschen Bundes, noch die Süddeutschlands, selbst nicht die des preussischen Staats und Volks seien durch die Rechtsansprüche des Hauses Hohenzollern auf Neuenburg berührt. Es wäre daher ein Act unprovocirter und ungerechtfertigter Herausforderung gegen das Nachbarland, wenn das Gebiet süddeutscher Staaten zur Aufstellung eines der Schweiz feindseligen Kriegsheers oder zum Durchmarsch eines solchen hergelassen werden würde. Ein solcher Act der Feindseligkeit gegen ein Volk, welches von jeher der friedlichste, freundlichste und inoffensivste Nachbar Deutschlands und insbesondere unsers Landes gewesen sei, müsse zu bedenklichen Folgen für unser Land führen, welches aufs innigste in das wirthschaftliche Leben der Schweiz verflochten sei. Schon jetzt gebe sich das Stocken des kaufmännischen und gewerblichen Absatzes vielfach zu erkennen. Eine bleibende schwere Benachtheiligung der süddeutschen, speciell der süddeutschen und württembergischen Interessen werde eintreten; wenn die Schweiz durch den Krieg oder den Kriegsstand in eine Schuldenmasse gestürzt werde, so könne sie leicht zu einer dauernden Erhöhung der Einfuhrzölle genöthigt sein und hiervon werden zunächst und zum Theil die Folgen für Süddeutschland am empfindlichsten sein. Weiterer Gefahr drohe daher, daß man das Ende der einmal begonnenen kriegerischen Verwirrung nicht absehen und die Folgen nicht ermessen könne, welche von daher für den Deutschen Bund entstehen. Wären die Stände versammelt, so würden sie einmüthig sich gegen das Herleihen des Landes